

**Niederschrift über die Sitzung  
des Finanz- und Verwaltungsausschusses  
vom Dienstag, den 9. Juli 1996**

---

Sitzungsleiter: 1. Bürgermeister Brilmayer  
Schriftführer: Hilger

Anwesend waren stellv. Bürgermeisterin Anhalt und die Stadtratsmitglieder Geislinger, Gruber, Hülser, Krug, Schurer, Seidinger und Will.

Entschuldigt fehlten die Stadträte Heilbrunner und Reischl, sie wurden von Frau Seidinger und Frau Gruber vertreten.

3. Bürgermeister Ried nahm als Zuhörer und Herr König als Berater an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest.

---

## **Öffentliche Sitzung**

### **TOP 1**

#### **Bericht der Kämmerei über die Abwicklung des Haushalts 1996 nach dem Stand vom 30.06.96**

---

öffentlich

Stadtkämmerer Hilger berichtete dem Ausschuß über die Haushaltsabwicklung nach dem Stand vom 30.6.1996. Dazu wurde den Ausschußmitgliedern eine Tischvorlage mit den Zahlen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts vorbereitet.

Aus den Zahlen der Aufstellung ist ersichtlich, daß zum 30.6.1996 im Verwaltungshaushalt 45,8 % der veranschlagten Einnahmen und 48,9 % der Ausgaben und im Vermögenshaushalt 46,5 % der Einnahmen und 49,7 % der Ausgaben erreicht wurden. Es entstand ein ungedeckter Saldo von 1.050.400,- DM, der über den Kassenkredit abgedeckt wurde. Die Prozentzahlen der verschiedenen Einzelpläne wurden vom Kämmerer erläutert.

StR. Schurer regte an, ein Verfahren zu entwickeln, nach dem insbesondere die Ausgaben bei Bauvorhaben besser überwacht werden könnten. Dazu führten Herr König und Herr Hilger aus, daß bereits eine ausreichende Haushaltsüberwachung durch Festschreibung von Aufträgen und Zahlungen bei den Einzelbauvorhaben und durch eine gesonderte Haushaltsüberwachungsliste erfolge. Die Verwaltung ist ständig darum bemüht, Haushaltsüberschreitungen zu vermeiden.

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag auch ein Antrag des Personalrates vom 8.7.1996 vor, die bei den Haushaltsberatungen teilweise gekürzte Ballungsraumzulage an die Bediensteten der Stadt ab 1.8.1996 wieder in voller Höhe zu zahlen.

Dazu führte Bürgermeister Brilmayer aus, daß er und die Verwaltung diesem berechtigten Antrag wohlwollend gegenüberstehen, der Zeitpunkt des Antrages jedoch verfrüht sei, weil die endgültigen Personalkosten und Haushaltszahlen derzeit noch nicht so klar zu übersehen sind, daß eine Entscheidung gefällt werden kann. Er schlug vor, den Antrag im Rahmen des Nachtragshaushalts 1996 erneut zu behandeln und dann, falls die Zahlen es zulassen, möglichst eine rückwirkende Zahlung ab 1.8.1996 zu beschließen. Dieser Standpunkt wurde auch von Kämmerer Hilger und Herrn König vertreten, der zusätzlich noch ausführte, daß etwaige

Mehreinnahmen in erster Linie zur Vermeidung der Zulagenkürzung und nicht für neue Aufgaben verwendet werden sollen.

StR. Schurer befürwortete den Antrag des Personalrates und wies darauf hin, daß seine Fraktion bereits bei den Haushaltsberatungen die Kürzungen im Personalbereich bemängelt habe.

StR. Geislinger sprach sich ebenfalls für den Antrag aus.

StR. Will erhielt auf Anfrage Auskunft darüber, wie die Kürzung der Ballungsraumzulage von der Stadt gehandhabt wurde.

StR. Seidinger bat um Überprüfung, ob eine Entscheidung zur Fortzahlung der Ballungsraumzulage nicht schon zum 30.9. möglich wäre, wenn die Haushaltszahlen besser zu übersehen sind.

In einem Antrag zur Geschäftsordnung ersuchte StR. Schurer darum, dem als Zuhörer anwesenden 3. Bürgermeister Ried kein Rederecht in der Sitzung zuzugestehen. 3. Bürgermeister Ried wies darauf hin, daß er nicht unbedingt auf ein Rederecht poche, daß aber in den zurückliegenden Wahlperioden gegenüber dem seinerzeitigen Stellv. Bürgermeister Geislinger stets großzügig ein Rederecht eingeräumt wurde.

Bürgermeister Brilmayer wies ebenfalls darauf hin, daß in diesem Punkt im Sinne einer guten Beratung stets großzügig verfahren worden sei und keine kleinlichen Einschränkungen erfolgen sollten.

Stadtrat Schurer bestand jedoch auf Entzug des Rederechts.

Der Antrag von StR. Schurer, gemäß dem Antrag des Personalrates die Ballungsraumzulage an die Bediensteten der Stadt ab 1.8.1996 wieder in voller Höhe zu zahlen, wurde mit 2 : 7 Stimmen abgelehnt.

Mit 9 : 0 Stimmen wurde beschlossen, den Antrag des Personalrates im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt 1996 erneut zu beraten und dann, falls die Haushaltszahlen dies zulassen, die Ballungsraumzulage rückwirkend ab 1.8.1996 wieder in voller Höhe zu zahlen.

## TOP 2

### Feststellung der Jahresrechnung 1995:

öffentlich

Der Finanzausschuß hatte zu diesem TOP die Abschlußzahlen der Jahresrechnung 1995 als Tischvorlage zur Verfügung. In der Vorlage waren auch die über- und außerplanmäßigen Ausgaben dargestellt und begründet.

Die Jahresrechnung 1995 schloß mit folgenden Zahlen ab:

	Verwaltungs- haushalt	Vermögens- haushalt
bereinigte Soll-Einnahmen	28.766.197,68	9.351.530,56
bereinigte Soll-Ausgaben	28.766.197,68	9.351.530,56
verbliebene Einnahmereste	275.390,24	108.667,95
Soll-Überschuß 1995	813.901,10	

Die Jahresrechnung 1995 wurde vom Rechnungsprüfungsausschuß eingehend geprüft, der entsprechende Prüfbericht lag vor und wurde von Kämmerer Hilger vorgetragen.

Bürgermeister Brilmayer bedankte sich bei den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses (Fr.Anhalt, H. Geislinger, H. Freundl) für die umfangreiche und sachkundige Prüfung.

Mit 9 : 0 Stimmen beschloß der Finanz- und Verwaltungsausschuß, die Jahresrechnung 1995 dem Stadtrat mit den vorstehenden Zahlen zur Feststellung nach Art. 102 Abs. 3 GO zu empfehlen.

### TOP 3

#### **Information zur Anpassung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung:**

---

öffentlich

Herr König berichtete über die bisher ausgeführten Vorarbeiten für eine neue Kalkulation der Herstellungsbeiträge zur Kanalisation. Danach hat die Kämmerei die gesamten bisher entstandenen Baukosten für die Abwasseranlage der Stadt ermittelt und auch den zu erwartenden Bedarf für die nächsten 3 Jahre errechnet.

Um dem Stadtrat bzw. dem Finanz- und Verwaltungsausschuß konkrete Rechenbeispiele für die Herstellungsbeiträge und die Benutzungsgebühren zur Entscheidung vorlegen zu können, müssen jetzt noch die anschließbaren Grund- und Geschoßflächen im ganzen Stadtbereich ermittelt werden. Die Arbeiten sollen bis Herbst abgeschlossen sein.

Die Beratung und Festlegung der neuen Beiträge und Gebühren könnte dann im 4. Quartal erfolgen, so daß die neue Beitrags- und Gebührensatzung zum 1.1.1997 in Kraft treten könnte.

Der Ausschuß nahm den Bericht zustimmend zur Kenntnis. Die Öffentlichkeit und auch etwaige Bauwerber sollten rechtzeitig davon unterrichtet werden, daß zum 1.1.1997 neue Gebühren und Beiträge zu erwarten sind.

### TOP 4

#### **Wasserversorgung und Kanalisation; Überprüfung alternativer Rechts- und Verwaltungsformen:**

---

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer verwies auf die bisher zu dieser Angelegenheit bereits mehrfach, insbesondere bei den jährlichen Haushaltsberatungen geführte Diskussion. Er schlug vor eine Expertenbesprechung zu diesem Thema durchzuführen. Dazu sollten u.a. Vertreter des Kommunalen Prüfungsverbandes, des Bayer. Gemeindetages, ein Steuerberater und evtl. ein Vertreter einer Gemeinde mit einem bereits laufenden Kommunalbetrieb eingeladen werden.

StR. Schurer verwies darauf, daß der Stadtrat bereits ein Gutachten in diese Richtung in Auftrag gegeben habe, das aber nicht mehr weiter verfolgt wurde. Er empfahl die Beratung zu diesem Thema insbesondere auf die Ebersberger Verhältnisse abzustimmen.

Herr König führte dazu aus, daß das seinerzeitige Gutachten nicht mehr weiter verfolgt wurde, weil in der Zwischenzeit die Gemeindeordnung geändert wurde, die jetzt neue, alternative Betriebsformen zulasse.

In der Besprechung sollte insbesondere darauf hingezielt werden, ob sich mit anderen Betriebsformen organisatorische, steuerliche oder kalkulatorische Vorteile für die Stadt erreichen lassen. Eine bloße optische Darstellung des Betriebsergebnisses oder der Schulden und des Vermögens von wirtschaftlichen Bereichen rechtfertigt keine Änderung der Betriebsform.

Stellv. Bürgermeisterin Anhalt verwies darauf, daß vor einer Änderung die Kosten neuer Betriebsformen ausreichend geprüft werden sollten. Den Ausschußmitgliedern soll mit dem

Protokoll eine Abhandlung der Kanzlei Rödl & Partner zu diesem Themenbereich übermittelt werden.

## TOP 5

### **Darlehen an die Wohnungsgenossenschaft f.d.Landkreis Ebersberg:**

---

öffentlich

Mit Schreiben vom 21.5.1996 ersucht die Wohnungsgenossenschaft Ebersberg, ihr zum Bau von 14 öffentlich geförderten Wohnungen an der Ringstraße ein zinsgünstiges Darlehen von 322.000,- DM zu gewähren. Die Konditionen lauten: 0,5 % Zins und 2 % Tilgung jährlich, Laufzeit bis 2042. Bei einer angenommenen 3%igen Eigenkapitalverzinsung würde der Stadt über die gesamte Laufzeit ein Zinsausfall von 190.800,- DM entstehen.

Im Haushalt 1996 sind keine entsprechenden Mittel ausgewiesen. Nach den Ausführungen von Bürgermeister Brilmayer konnte die Warteliste für Sozialwohnungen wesentlich abgebaut werden, sie enthält z.Zt. ca. 30 - 35 Bewerber, von denen die meisten erst kurzfristig nach Ebersberg zugezogen sind. Vor einer endgültigen Entscheidung sollte mit der Wohnungsgenossenschaft noch geklärt werden, welche Folgen ein geringeres oder gar kein Darlehen der Stadt für die geplante Baumaßnahme habe. Möglicherweise könnte durch eine höhere Miete, die durchaus noch im Ebersberger Spektrum der Sozialmieten liegen würde, ein Darlehen der Stadt erübrigt werden. Herr König gab noch einen Überblick über den vorhandenen Sozialwohnungsbestand in Ebersberg mit einem breiten Angebotsspektrum hinsichtlich der Mieten.

StR. Schurer wies darauf hin, daß vermehrt Bindungsfristen bei vorhandenen Sozialwohnungen auslaufen.

Der Finanz- und Verwaltungsausschuß beschloß mit 9 : 0 Stimmen die Darlehensgewährung im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt erneut zu beraten und in der Zwischenzeit ein ergänzendes Gespräch mit der Wohnungsgenossenschaft zu führen.

## TOP 6

### **Erdgas Südbayern GmbH; Vereinbarung über netztechnische Maßnahmen und Verlängerung des Gasversorgungsvertrages:**

---

öffentlich

In Verhandlungen mit der Erdgas Südbayern GmbH konnte erreicht werden, daß die wegen der Kanalbauarbeiten erforderliche Verlegung der Gasfernleitung in der Floßmann- und Bgm.-Meyer-Straße (Kostenaufwand ca. 35.000,- DM) von der Erdgas Südbayern ohne Berechnung an die Stadt ausgeführt wurden. Gleichzeitig konnte die bisher im Kreiskrankenhaus gelegene Gasdruckregel- und Meßanlage, für die nur schwer ein neuer Standort zu finden war, für die Stadt kostenlos an den westlichen Stadtrand verlegt werden. Weiter leistet die Erdgas Südbayern an die Stadt einen Baukostenzuschuß von 40.000,- DM. Diese Leistungen werden von der Erdgas Südbayern an die Bedingung geknüpft, daß der jetzt bis zum Jahre 2008 laufende Gasversorgungsvertrag um 8 Jahre bis zum 31.12.2016 verlängert wird. Eine dazu eingeholte Stellungnahme des Bayer. Gemeindetages hat keine negativen Auswirkungen für die Stadt ergeben.

Mit 9 : 0 Stimmen empfiehlt der Finanz- und Verwaltungsausschuß dem Stadtrat, die entsprechende Vereinbarung mit der Erdgas Südbayern zu treffen.

**TOP 7****Angebot zur Tarifumstellung bei den städt. Parkuhren:**

---

öffentlich

Über das vorliegende Angebot der Fa. Stöckl, Schwandorf, die Tarife bei den vorhandenen Parkuhren umzustellen, wurde nicht mehr beraten, nachdem der TA das Büro Billinger mit einer Verkehrsuntersuchung beauftragt hat, die auch den ruhenden Verkehr im Bereich des Marien- und Schloßplatzes untersuchen soll. Im Einvernehmen mit dem Freistaat Bayern (südl. Schloßplatz) und den Familien Otter/Wamsler (nördl. Schloßplatz) soll auch der nördl. Bereich als Kurzparkzone ausgewiesen werden. Die entsprechenden Vereinbarungen mit den Eigentümern werden unter Berücksichtigung der Planungen des Büros Billinger vorbereitet.

**TOP 8****Wünsche und Anträge:**

---

StR. Krug wies auf den äußerst desolaten und gefährlichen Zustand des Gebäudes „Sieghartsburg“ hin.

Bürgermeister Brilmayer führte dazu aus, daß mit den Eigentümern bereits Gespräche bezüglich der Dachstuhlerneuerung laufen und daß bei dieser Gelegenheit auch auf den äußeren Zustand des Gebäudes hingewiesen wird.

StR. Will wies auf den unschönen Eindruck des Nebengebäudes „Neuwirt“ hin.

Bürgermeister Brilmayer erläuterte, daß das Gebäude unter Denkmalschutz stehe und sich Kaufabsichten eines Nachbars deswegen nicht realisieren ließen.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr  
Ende der öffentlichen Sitzung: 21.50 Uhr

Anschließend nichtöffentlicher Teil

Ebersberg, den 10.07.1996

Brilmayer  
Sitzungsleiter

Hilger  
Schriftführer